

Dezentralisierung von Arbeitsplätzen

(Begehren und Begründung)

Die Probleme im Zusammenhang mit den Strassen und dem Verkehr, die Verkehrsdichte insbesondere in den Ballungszentren, wächst von Jahr zu Jahr und wird bald durch noch so viele Strassen, nicht mehr zu bewältigen sein. Es drängen sich folglich neue Lösungen auf.

Eine Möglichkeit besteht darin, dass der Verkehr welcher verursacht wird, - insbesondere von den pendelnden ArbeitnehmerInnen, - dieser macht einen sehr grossen Teil vom gesamt Verkehrsvolumen aus, reduziert wird. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, der Art der Arbeitsplätze, welche angeboten werden.

Mit dem Postulat sollte die Möglichkeit der Dezentralisierung der Arbeitsplätze auf breiter Front abgeklärt werden:

Nach meiner Ansicht müssten neue Möglichkeiten, neue Arbeitsmodelle angeboten werden. Dies wäre in der heutigen Zeit, mit all den Möglichkeiten im Bereich der Elektronik und deren Übermittlungs- und Kommunikationsmöglichkeiten überhaupt kein Problem mehr und sollte viel ausgiebiger und besser ausgenützt werden.

Der Staat sollte in diesem Bereich, Beispiel sein und eine Leaderfunktion übernehmen. Übrigens hat er sich im Gesetz, über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung, (SVOG) vom 16. Oktober 2001, in Art. 4, Abs. f, auch dafür verpflichtet, die Dezentralisierung zu prüfen.

Es wäre daher interessant, aus einem Bericht des Staatsrates zu erfahren, was bis heute geschehen ist und insbesondere wie der Staatsrat dieses Thema in Zukunft zu behandeln gedenkt und was er für Vorstellungen hat, dies in Zukunft zu gestalten!

(Sig.) Josef Fasel und Michel Buchmann, Grossräte

13. Mai 2005